

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 3 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 36, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Im Kampf um die Lastenverteilung und die Erhaltung der Sozialversicherung.

Die heftigen Kämpfe im Reichstag um den Finanzausgleich und die Sanierung des Reichshaushalts haben ein jähes Ende gefunden. Nachdem die Vorlagen der Brüning-Regierung über die von ihr geplanten Steuern keine Mehrheit fanden, wie auch der Versuch, diese Steuern im Wege der Notverordnung zur Durchführung zu bringen, an dem Widerstande der Sozialdemokratie scheiterte, wurde die Auflösung des Reichstages vollzogen.

Das deutsche Volk steht nun vor Neuwahlen, die bereits Mitte September stattfinden sollen. Leider sind mit diesem Verlauf der Dinge die volksfeindlichen Pläne der Brüning-Regierung noch nicht endgültig beseitigt. Vielmehr bleibt zu befürchten, daß ihre Durchführung mit einer neuen, wenig abgeänderten Notverordnung versucht werden wird. Hierzu könnte erst der neue Reichstag Stellung nehmen. Aber selbst wenn dieser Weg nicht gewählt werden sollte, werden diese Vorlagen wiederkehren. Ob sie dann auch von dem neu gewählten Reichstag abgelehnt werden, hängt dann lediglich von seiner Zusammensetzung ab, die er auf Grund der Wahlen haben wird.

Nach den politischen Ereignissen, die der Auflösung des Reichstages vorangingen — es braucht nur an den Sturz des Kabinetts Müller und die ihn begleitenden Umstände sowie an die endlosen Verhandlungen über die Sanierung des Reichshaushalts erinnert zu werden — sind die bevorstehenden Wahlen für die arbeitenden Volksschichten von größter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung. Im Vordergrund des Wahlkampfes steht die Lastenverteilung und die Sozialpolitik. Zu beantworten ist die Frage: Wer soll die aus der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Nachkriegsjahre entstandenen Lasten tragen? Sollen es die Besitzenden sein, die an allem Wohlstand, an allen Kulturgenüssen teil haben, oder die großen Massen des arbeitenden Volkes, die durch den Ertrag ihrer Arbeit kaum oder schließlich nur schlecht und recht ihr Leben zu fristen vermögen? Des Weiteren: Sollen die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit, insbesondere auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, des Arbeiterschutzes, der Sozial- und Arbeitslosenversicherung dem arbeitenden Volke entrissen oder verkümmert werden? Diese Fragen müssen bei den kommenden Wahlen ihre eindeutige Beantwortung erfahren!

Wie die Steuervorlagen der Brüning-Regierung beweisen, treten die bürgerlichen Parteien für die Entlastung der Besitzenden und die Abwälzung aller wesentlichen Lasten auf die arbeitenden Volksschichten ein. Diese Stellung haben sie seit jeher eingenommen, kaum aber jemals mit gleicher brutaler Rücksichtslosigkeit, wie es von ihnen in dem verflochtenen Reichstag versucht wurde. Sanken doch die Verhandlungen oft genug zum widerwärtigsten Schacher herab. Jede Gruppe suchte für sich die größten Vorteile herauszuschlagen. Einig waren sie nur in dem Bestreben, daß die arbeitenden Volksschichten zahlen und neben der Verschlechterung der Arbeitslosen- und Krankenversicherung die Löhne der Arbeiter eine Senkung erfahren sollen.

Seit Jahren haben die Unternehmer eine unablässige und systematische Hez gegen die angeblich zu hohen Löhne sowie Leistungen der Sozialversicherung betrieben. Damit glaubten sie den Boden für die Durchführung ihrer arbeiterfeindlichen und antisozialen Pläne genügend vorbereitet zu haben. Die Schlussbestimmung des Reichstages brachte ihnen eine Enttäuschung. Dennoch ist mit der Auflösung des Reichstages nichts anderes herbeigeführt, als daß der Kampf um die Lastenverteilung und die Erhaltung der sozialen Errungenschaften in eine andere Arena verlegt wurde und statt von den politischen Führern nunmehr von dem Volke selbst ausgefochten werden muß.

Unmittelbares Objekt des bevorstehenden Wahlkampfes sind die verschiedenen Steuervorlagen der Brüning-Regierung, insbesondere die Kopfsteuer, Ledigensteuer, die Reichshilfe der Beamten, der Einkommensteuerzuschlag usw., daneben die vorgesehene Verschlechterung der Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Diese Verschlechterungen und Belastungen zum Nachteil der Besitz-

losen abzuwehren, haben die Sozialdemokraten im Reichstag wie die Gewerkschaften sich nach Kräften bemüht. Aufgabe der arbeitenden Volksschichten wird es nun sein müssen, diese Abwehr zu ihrer eigenen zu machen und auf das nachdrücklichste zu verstärken. Täuschen wir uns nicht darüber, daß es sich bei den durch das Kabinett Brüning unternommenen Vorstößen nur um die Eröffnung eines Kampfes des kapitalistischen Unternehmertums gegen die gesamte Sozialpolitik, insbesondere die Sozialversicherung, mit dem Ziel handelt, sie in ihren Leistungen für die Arbeiter gegenstandslos zu machen.

Das geht mit aller Deutlichkeit aus der Stellung der bürgerlichen und Unternehmerpresse hervor, indem sie die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Verschlechterungen als „die längst notwendige Reform und den Versuch“ feierte, auf dem als „verderblich erkannten Wege unserer amtlichen Sozialpolitik umzukehren“. Noch deutlicher spricht sich in dieser Hinsicht der deutsch-volksparteiliche Abgeordnete Pfeiffer in einem Aufsatz über „Die Krankenversicherung“ aus, worin er ausführt, daß die Sozialpolitik der letzten zehn Jahre einzig und allein von dem Gedanken beherrscht gewesen sei, „den Arbeiterschichten nach Möglichkeit jede eigene Verantwortung für ihr Wohl und Wehe abzunehmen und jedes Risiko, auch das kleinste und leichteste, der sozialen Versicherung aufzuerlegen. Man habe versucht, ohne es freilich auszusprechen und vielleicht auch ohne es vielleicht überall zu erkennen, den risikolosen Menschen zu schaffen, indem man für jeden Wechselfall des Lebens die soziale Hilfe eingreifen ließ. Man leugnete, daß man mit diesem System der menschlichen Natur zumiderhandelte und schweren Schaden für Volk und Wirtschaft heraufbeschwor“. Die Ergebnisse dieser Politik auf allen Gebieten des sozialen Rechts lägen nun in der heillosen Not der deutschen Wirtschaft vor uns. Mit der Novelle zur Krankenversicherung „werde zum ersten Male dieser Weg verlassen sowie bewußt und entschieden dem einzelnen Versicherten, wieder, ein Teil des Risikos auferlegt, unter dem alle Menschen stehen und arbeiten“.

Was hier zum Ausdruck gebracht wird, stimmt völlig überein mit den in den Denkschriften der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände erhobenen Angriffen gegen die Sozialpolitik und den auf ihren Abbau gerichteten Forderungen. Wie dort wird auch hier die Sozialpolitik für die bestehende ungünstige wirtschaftliche Lage verantwortlich gemacht, obwohl die Unsinnigkeit dieser Behauptung mit Händen zu greifen ist. Braucht doch zu ihrer Widerlegung nur auf die das deutsche Wirtschaftsleben aufs schlimmste beeinträchtigenden Folgen des verlorenen Krieges hingewiesen werden, über die man von jener Seite jedoch achlos hinweggeht. Ist es doch ferner allgemein bekannt, daß sich die Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr lähmende Krise nicht nur auf Deutschland erstreckt, sondern die gesamte Weltwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen hat, demzufolge auch Länder davon betroffen werden, in denen die Sozialpolitik noch völlig unbekannt ist. Ein drastisches Beispiel hierfür liefern die Vereinigten Staaten. Nur wirtschaftliche Ignoranz oder verlogenste Demagogie kann daher mit solchen Behauptungen operieren.

Gewiß ist es Zweck der Sozialpolitik, das Risiko des wirtschaftlich schwachen Arbeiters zu vermindern und seine Widerstandskraft im Kampfe gegen die ihn bedrängenden wirtschaftsnachteiligen Einflüsse zu stärken. Trotz aller Sozialpolitik ist aber dieses Ziel bis jetzt nur in sehr geringem Umfange erreicht worden. Wo ist denn der risikolose Arbeiter? Er ist nirgends zu finden! Das Wirtschaftskrisis des Arbeiters ist im Gegenteil unter den Wirkungen der kapitalistischen Entwicklung mit ihren technischen Umwälzungen und Rationalisierungen ganz gewaltig gestiegen! Die andauernde ungeheure Arbeitslosigkeit wirkt sich in schwerster Erschütterung seiner Existenzsicherheit aus. Millionen Arbeiter und Angestellte stehen vor dem wirtschaftlichen Ruin, ohne Gelegenheit, sich vor diesem Schicksal retten zu können. Die Zahl der Betriebsunfälle nimmt mit unheimlicher Regelmäßigkeit zu. Jahr für Jahr wächst die Zahl der durch Unfälle Verletzten und Erwerbsbeschränkten, daneben die Zahl der Todesopfer. Die im Gefolge der Rationalisierung der Industrie verhängte Antreiberei zerstört in steigendem Maße die

Nervenkraft und Gesundheit der Arbeiter und macht sie vorzeitig zu Invaliden. Schon mit 40 Jahren wird der Arbeiter und Angestellte als nicht mehr voll erwerbsfähig aus dem Betriebe geworfen, mag er zusehen, wie er sich vor dem wirtschaftlichen Untergang rettet.

Den Kapitalismus und seine Verfechter lassen diese Dinge kalt. Er sieht sie nicht und will sie nicht sehen. Um so mehr ist es Pflicht des arbeitenden Volkes, seine Lebensnotwendigkeiten auf das entschiedenste zu verteidigen. Es muß die ungerechten, seine Lebenshaltung herabdrückenden Belastungen abwehren, die für die Sicherung seiner Existenz unbedingt erforderlichen sozialen Errungenschaften erhalten und allen Widerständen entgegen ihren weiteren Ausbau fordern.

Es wird ein harter Kampf werden, darüber müssen sich alle Kollegen klar sein! Der Ausfall der Wahlen aber muß zeigen, daß sich die arbeitende Klasse nicht durch demagogische Phrasen irreführen läßt und die ihr zugewiesene Aufgabe, den sozialen und kulturellen Fortschritt zu fördern, begriffen hat.

Der Arbeitslohn in der Volkswirtschaft.

Zu keiner Zeit hat die Frage des Arbeitslohnes in der Wirtschaft eine so große Rolle gespielt wie gegenwärtig. Die Löhne haben bekanntlich eine doppelte Funktion. Sie werden auf der einen Seite als Unkosten gewertet und sind auf der andern Seite als wichtiger Bestandteil der Kaufkraft des Inlandmarktes anzusehen. Die Unternehmer stellen das erste Moment in den Vordergrund, sie verneinen auf der andern Seite die hohe Bedeutung der Löhne als wichtigsten Bestandteil des Innenmarktes. Ueber das Problem Preise und Löhne hat das Konjunkturforschungsinstitut in der letzten Zeit eingehende Berechnungen angestellt und ist dabei zu wichtigen Schlüssen gelangt. Uns soll nachstehend vor allem der Arbeitslohn als Kaufkraft interessieren. Die Gesamtsumme der Privateinkommen wird auf 68 bis 70 Milliarden Mark für das Jahr 1929 veranschlagt. Zu rund zwei Dritteln besteht diese Summe der Privateinkommen aus Arbeitslohn. Von den 45 Milliarden die als Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten angenommen werden, beträgt die Brutto-lohnsumme der Lohnarbeiterschaft in Industrie, Handel und Verkehr 20 bis 25 Milliarden. Sie machte mithin im Jahre 1929 etwa die Hälfte des gesamten Arbeitslohnmarktes und ungefähr den dritten Teil der Summe aller Privateinkommen aus. Nun kommt es darauf an, die Wirkungen der Veränderungen der im Lohnmarkten gegebenen Massenkaufkraft einigermaßen zu ermessen. Das Konjunkturforschungsinstitut kommt bei dieser Frage in dem Wochenbericht Nr. 15 zu folgenden Feststellungen:

„Betrachtet man die Lohngestaltung allein in ihrer Wirkung auf die Kaufkraft, so ist unzweifelhaft, daß eine Senkung der Löhne die Kaufkraft des Binnenmarktes beeinträchtigen, eine Erhöhung der Löhne dem Konsumgüterabfah neue Anregung geben würde. Diese Beeinträchtigung oder Anregung wäre sogar weit größer als die prozentuale Lohnveränderung; denn für die Kaufkraft der Industriearbeiterschaft auf dem Konsumgütermarkt, soweit es sich um industrielle Erzeugnisse handelt, sind fast allein die „Einkommensspitzen“ ausschlaggebend, das heißt derjenige Teil der Einkommen, der über die Deckung der unbedingt notwendigen Lebensbedürfnisse (Wohnung, große Teile der Ernährung usw.) hinausgeht. Je niedriger die Einkommen sind, desto größer ist der Anteil der gebundenen Teile der Einkommenverausgabung, desto kleiner sind also die „Einkommensspitzen“. Eine Erhöhung der Gesamtlöhne wird daher gerade bei den niedrigeren Einkommen die „Einkommensspitzen“ und damit die Kaufkraft dieser Einkommen auf dem Markt der industriellen Erzeugnisse besonders stark erhöhen. Hinzugefügt werden muß, daß eine Behebung des Marktes auch ohne Lohnveränderungen gefördert werden könnte, wenn der Einzelhandel durch Preisermäßigung von sich aus die Realkaufkraft der Einkommen beeinflussen würde.“

Diese Anschauungen der halbamtlichen Stelle bestätigen vollkommen die Ansicht der Gewerkschaften über die Lohnveränderungen auf die Kaufkraft des Binnenmarktes. Wie hier festgestellt wird, trifft jede Einschränkung der Lohnsumme vor allem die Verbrauchsgüterindustrien und somit die Volkswirtschaft im allgemeinen. Die über die absolut notwendigen Ausgaben für den täglichen Lebensbedarf hinausgehenden Spitzen sind es gerade, die für die Wirtschaftskonjunktur so außerordentlich von Bedeutung sind. Trifft eine Senkung des Lohnniveaus ein, oder wird die

notwendige Entwicklung des Masseneinkommens gehemmt, so trifft dies vor allem jenen Teil der Massenkaukraft, der der Produktionswirtschaft in so außerordentlichem Maße als Stütze dient. Daraus geht sehr deutlich hervor, welche außerordentlich schädliche Wirkungen die Drohung des Masseneinkommens auf die gesamte Volkswirtschaft haben muß. Man mag reden und schreiben wie man will, letzten Endes ist die gewerkschaftliche Auffassung von der Funktion des Arbeitslohne in der Volkswirtschaft als die allein richtige anzusehen. Das Konjunkturforschungsinstitut bestätigt dieselbe durch seine Untersuchungen in vollem Umfange.

68 Seite.

Weißt du, daß es in Deutschland im Jahr über eine Million Betriebsunfälle gibt? Ueber 3000 jeden Tag? Ueber 300 in jeder Stunde? Darunter 600 schwere und 48 tödliche? Daß jeder dreihundertste Arbeiter einmal im Jahr, jeder Arbeiter einmal in 33 Jahren verunglückt?

Weißt du, daß es in Deutschland täglich 1000 bis 2000 Verkehrsunfälle gibt? Davon 20 tödliche? Daß also Tag für Tag in Deutschland 68 Menschen durch Unfall ihr Leben lassen?

Weißt du, daß unter den Ursachen dieser Unfälle der Alkohol einer der häufigsten und gefährlichsten ist?

Weißt du, daß von 200 Autounfällen in Kopenhagen bei über vier Fünfteln leichtere oder schwere Alkoholvergiftung als Ursache festgestellt wurde? Daß bei uns die meisten Unfälle nach Sonn- und Festtagen als Folge des sonntäglichen Alkoholgenußes vorkommen? In Norwegen dagegen, wo von Sonnabend mittag bis Montag früh kein Alkohol ausgeschenkt werden darf, die meisten Unfälle am Dienstag sind?

Weißt du, daß von 100 Trinkern doppelt so viele einen Unfall erleiden als von 100 Nichttrinkern? Nach amerikanischen Untersuchungen sogar dreimal soviel?

Weißt du, daß das allgemeine Alkoholverbot in Amerika zum guten Teil wegen des gesteigerten Verkehrs und seines erhöhten Unfallgefahren durchgeführt wurde? Daß in den Vereinigten Staaten auf 1000 Autos 1 Toter und 25 Verletzte, in Berlin dagegen 2,5 Tote und 140 Verletzte kommen?

Weißt du, warum der Alkoholgenuß so leicht Unfälle nach sich zieht? Daß der Alkohol ein Narkotikum, ein Betäubungsmittel ist? Daß er die gesamte Hirn- und Nervenfähigkeit lähmt und damit die Fähigkeit zum richtigen Handeln, zielbewußten Willen und klaren Denken?

Weißt du, daß schon eine ganz geringe Störung der Fähigkeit, Sinnesindrücke und Vorstellungen zu verknüpfen, eine geringe Schwächung der Selbstbeherrschung, die geringste Unsicherheit der Körperbeherrschung genügt, um im Augenblick der Gefahr ein Signal, ein Warnungszeichen, eine Unregelmäßigkeit an der Maschine zu spät zu erkennen? Daß der Bruchteil einer Sekunde genügt, und der erforderliche Handgriff kommt zu spät? Daß ein unbedachter Griff oder Griff Finger, Hand oder Fuß kosten kann?

Weißt du, daß schon eine ganz geringe Störung in der Regelung des Gleichgewichts, die kleinste Unregelmäßigkeit der Muskelpannung beim Sport wie bei der Arbeit Leben und Gesundheit kosten können?

Weißt du, daß schon ein geringes Versagen der unbewußten, selbständigen Glieder- und Muskelbewegungen genügt, um die unbewußten, vom Körper ausgehenden Abwehrbewegungen gar nicht oder zu spät eintreten zu lassen?

Weißt du, daß schon ganz geringe Alkoholmengen, wie schon ein Glas Wein, Bier oder Schnaps genügt, um die geschädigten Störungen und Lähmungen auf Hirn und Nerven hervorzurufen? Daß die Fähigkeit vermindert wird, Farben und Signale zu unterscheiden? Daß die durch Lebung erworbenene Flexibilität und Sicherheit der Bewegung verloren geht?

Weißt du, daß nach dem Genuß größerer Alkoholmengen die Bewegungen langsamer werden, die Gefahr für den Arbeiter an der Maschine, in gefährlichen Be-

trieben überhaupt, ebenso wie für den Fahrer und Fahrer von Verkehrsmitteln erhöht wird? Daß auch für den Fußgänger die Gefahr des Ueberfahrenwerdens um so größer ist, je weniger die Fahrzeugführer Körper, Geist und Nerven in der Gewalt haben?

Weißt du, daß bei den Männern in den Betrieben viermal soviel Unfälle vorkommen als bei den Frauen? Nicht zuletzt deshalb, weil die Frauen weniger Alkohol trinken!

Weißt du, daß in den Brauereien zwei Drittel Unfälle mehr vorkommen als im Durchschnitt der anderen Betriebe? Daß englische Unfallversicherungsgesellschaften den Alkoholkonsumierenden 10% Ermäßigung gewähren?

Weißt du, daß für Flugzeugführer und Eisenbahner kurz vor und während der Dienstzeit bereits ein Alkoholverbot besteht? Daß nicht nur Städte und Behörden, sondern sogar Brauereien für ihre Chauffeure ein Alkoholverbot während des Dienstes erlassen haben? Daß bei 10 Wiesbadener Brauereien nach der Abschaffung des Freibieres die Zahl der Unfälle um ein Drittel zurückging?

Weißt du, daß die Wirkung selbst kleinerer Alkoholmengen über Stunden vorhält? Die Spuren größerer Mengen (2 Liter Bier, 1/2 Liter Wein) weist noch am Morgen des dritten Tages im Körper nachzuweisen sind?

Du weißt das alles nicht? Du mußt es aber wissen! Denn deine Gesundheit, dein Leben, dein Glück und dein Schicksal hängen davon ab!

Und wenn du es weißt — handelst du danach? Wissen allein ist noch nicht Macht! Sondern wird es nur dann, wenn der Wille dahinter steht, aus ihm die richtigen Folgerungen zu ziehen!

Darum erkenne und handle! Du hältst dein Schicksal und Glück oft selbst in der Hand. Schütze dich, deinen Leib und dein Leben wenigstens vor den Gefahren, die du meiden kannst!

Kurt Heibaut.

Aus unserm Beruf

Darmstadt begeht in diesen Tagen wie Feier zur Erinnerung des vor 600 Jahren verliehenen Stadtrechts. Allerlei Ereignisse der Stadt und Bürger werden in Erinnerung gebracht. Krieg, Belagerung, Plünderung, Seuche, Hungersnot erscheint fast auf jeder Seite der Geschichte; nur wenig Erholendes, denn so etwas wird nicht verbucht. Den Arbeitern und „geringen Leuten“ ging es herzlich schlecht. Die Unterdrückung kam nicht nur vom Adel und der Kirche, auch der behäbige Bürger, der Handwerker, dem es etwas besser ging, mußte dabei sein. So wird zum Beispiel berichtet, daß im Jahre 1848, am 31. August, das Geschick des Weißbindergerellen Br. Wiesenecker um Erteilung der Heiratsverlaubnis mit folgender Begründung abgewiesen wurde: „Der Gemeindevorsteher kann den wöchentlichen Verdienst eines Weißbindergerellen im Betrag von 4 Gulden (1 Gulden = 1,70 M), der einem solchen überhaupt nur im Sommer in Aussicht steht, nicht als die Mittel betrachten, womit sich eine Familie in Darmstadt ernähren könne; er legt deshalb Widerspruch ein gegen die Verheiratung des Rubrikanten.“

Heute, also 82 Jahre später, können aus Armut viele Menschen auch keine Ehe gründen; sowie wegen „Wohnungsnot“. Damals gab es auch schon viele Arbeitslose; es wird berichtet: „In Scharen zogen sie in die Wälder, machten Holz und schossen das Wild ab, bis Stadt und Staat einschriften.“ Also Not, Unterdrückung war beim Proletariat immer zu Hause. Heute liegen aber die Verhältnisse infolgedessen anders, als es nicht mehr von der Laune der Besitzenden oder der Gnade eines Fürsten abhängt diese zu ändern, sondern von den Armen, Hungernden, Wohnungsuchenden selbst. Diese brauchen nur einig zu sein und ihre Macht zu erkennen. Hierzu ist am 14. September zur Reichstagswahl die beste Gelegenheit. Kollegen, seid einig, zielbewußt! Geht zur Wahl, gegen Lohnabbau, gegen Hunger, gegen Wohnungsnot, gegen Arbeitslosigkeit, gegen Kürzung der Arbeitslosenversicherung, für Arbeit, Brot und Frieden! Süss. Greifswald. Da aus den Reihen der Lehrlinge unseres Berufes der Wunsch kam, sich in einer Jugendorganisation

zusammenzuschließen, lud unser Vorsitzender, Kollege Spohnholz, alle Lehrlinge zum 18. Juli ins Gewerkschaftshaus zu einer Zusammenkunft ein. Hieron hatten auch die Malermeister erfahren, die nun veruchten, unser Vorhaben zu durchkreuzen. Der Obermeister sandte ein Rundschreiben an die Eltern der Lehrlinge, worin ihnen der Rat gegeben wurde dem Lehrling zu unterlagen, sich unserer Jugendorganisation anzuschließen. Auch gab er in dem Schreiben kund, daß die Gehilfen unter dem Deckmantel des Unterrichts die Lehrlinge politisch erziehen würden. Für die fachliche Weiterbildung, womit die Gehilfen das Inslebenrufen der Weiterbildung begründen, hätten sie nicht die notwendigen Kräfte. Andere Meister haben ihren Lehrlingen die Teilnahme überhaupt verboten und darüber hinaus Schreiben an die Lehrlingseltern geschickt. Wir denken aber nicht daran, uns dieses Verhalten der Meister ohne weiteres gefallen zu lassen. Unsere Aufgabe ist jetzt, an die Lehrlinge heranzukommen, um sie über ihre Rechte aufzuklären. Trotz der mit allen Mitteln durchgeführten Gegenaktion der Meister waren doch die Lehrlinge zahlreich zur Versammlung erschienen. Der Vorsitzende begrüßte die erschienenen Jungkollegen aufs herzlichste und gab seiner Freude Ausdruck, daß eine so stattliche Zahl erschienen sei. Ueber Aufgaben, Zweck und Ziel der Jugendorganisation hielt der Altgenosse, Kollege Krosz, einen längeren Vortrag. Er wies in seinen Ausführungen besonders darauf hin, daß die erschienenen Jungkollegen sich das, was ihnen gesagt wurde, überlegen und mit ihren Eltern besprechen sollten. Die Schriften und Broschüren mußten sie zu Hause in Ruhe durchlesen und das Gesehene durchdenken. Durch den ruhigen, sachlichen und mitfühlenden Ton des Altgesellen faßten die Lehrlinge gleich Vertrauen zu ihm und folgten mit Interesse seinen Darlegungen. Darauf legte der Altgenosse seinen Arbeitsplan vor, der das größte Interesse aller Jungkollegen fand. Am Schlusse des Vortrages konnte man mit Genugtuung feststellen, daß begründete Hoffnung vorhanden ist, in aller nächster Zeit trotz Sabotage der Meister zur Gründung einer Jugendorganisation zu kommen.

Und nun ans Werk! Ohne Schweiß kein Preis! Mainz. Infolge der am Orte herrschenden übergroßen Arbeitslosigkeit und der damit zwangsläufig verbundenen Mindereinnahme der Lokalkasse sieht sich die Filiale Mainz gezwungen, Lokalgeschenke nur noch den Kollegen zu gewähren, die unserem Verbands mindestens ein Jahr angehören. Die Filiale ersucht die durchreisenden Kollegen, von dieser Einschränkung Kenntnis nehmen zu wollen.

Schwerin. Die letzte Mitgliederversammlung befaßte sich eingehend mit der täglich zunehmenden Arbeitslosigkeit im Berufe. In der jetzigen Jahreszeit, wo unter normalen Wirtschaftsverhältnissen auch der letzte Kollege lohnende Beschäftigung fand, muß heute festgestellt werden, daß bereits mehr als 25% der Gehilfen arbeitslos sind. Wenn eine großzügige Belebung des Arbeitsmarktes auch wohl nur von seiten des Reiches erfolgen kann, so war die Versammlung doch der Meinung, daß die Möglichkeiten zur Beschaffung von Arbeit durch die Stadt noch lange nicht voll ausgenutzt sind. Der auf Einladung des Filialvorsandes anwesende Stadtverordnete Küken wies nach, daß durch die Hereinnahme einer zu annehmbarem Zinssatz angebotenen Anleihe bereits vorgesehene Arbeiten sofort in Angriff genommen werden könnten und somit eine Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten würde. Eine Ueberschuldung der städtischen Finanzen durch die zur Ankurbelung der Wirtschaft notwendigen Anleihe sei nicht zu befürchten, seien doch für die in den letzten Jahren aufgenommenen Anleihen größere Werte an verbenden Anlagen und sonstigem Besitz geschaffen.

Die Versammlung beschloß, an die städtischen Körperschaften eine Eingabe zu richten, in der gefordert wird, Mittel bereitzustellen zur Ausführung von Malerarbeiten, insbesondere aber, daß dem Wohnungsbau Gelder zur Verfügung gestellt werden. Denn das Malergewerbe leidet nicht nur an mangelnder Neubaurarbeit, sondern weit mehr noch an den durch die Wohnungsnot bedingten un-

Rheinlandfeiern.

Am Rhein wurden in den letzten Wochen große Feierlichkeiten begangen. Wimpel, Girlanden und Fahnen flatterten im Winde und zeigten an, daß etwas ganz Besonderes in diesem Gebiet des Deutschen Reiches vorgegangen ist. Am 30. Juni 1930 hat der letzte Soldat der ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands das besetzte Gebiet verlassen. Die im Versailler Vertrag Deutschland auferlegte Besetzung des Rheinlandes hat damit ihr Ende gefunden. Die Besetzung sollte bis 1935 dauern und der Abmarsch schrittweise erfolgen. Seitdem 12 Jahre ist deutsches Gebiet von fremden Truppen besetzt gewesen. Am 1. Dezember 1918 begann der Einmarsch der Truppen. Mehr als 30 qkm deutschen Landes mit 6 Millionen Einwohnern unterstanden mehr als ein Jahrzehnt hindurch der Kommandogewalt fremden Militärs. Etwa 150 000 fremde Soldaten mit ihren Angehörigen rückten 1918 nach Deutschland ein. Schulen, Kasernen, öffentliche Gebäude, Truppenübungsplätze, Wohnungen usw. mußten den fremden Heereskörpern zur Verfügung gestellt werden. Die Besetzung fremden Bodens und die Aufrichtung einer Militärdiktatur sind für jeden Menschen ein Affront auf die Freiheit eines zivilisierten Volkes und ein abscheulicher Schwandack auf der Kultur. Deshalb nahm auch die Arbeiterschaft an den Befreiungsfeiern in bedingtem Maße teil, ohne der überspizigen Phrasologie, die bei solchen Anlässen immer wieder durchdringt, zu unterliegen.

Eine neue Epoche in der deutschen Geschichte ist die Befreiung deutschen Bodens zweifellos. Es ist angebracht, in kurzen Worten rückblickend die Ereignisse der letzten 12 Jahre an uns vorüberziehen zu lassen. Dieser Trauerbesuch hat sich die deutsche Delegation in Versailles kompromittiert. Nur unter den größten Schwierigkeiten wurde mit ihnen verhandelt. Deutschland hatte den Krieg verloren, nicht zuletzt durch die Unfähigkeit seiner militärischen Machthaber, und mußte sich eine demütigende Behandlung gefallen lassen. Dann

kam das Rheinlandregime, ausgeübt von der Interalliierten Rheinlandkommission. Nun folgte die lange Kette der Versuche, durch separatistische Vorstöße und andere Mittel, deutsches Gebiet vom Mutterlande loszulösen. Das französische Militär und allerhand Reaktionen jenseits der Vogesen verlangten die Abtrennung der linken Rheinseite von Deutschland. Wilson und Lloyd George widerstehen sich dem, dennoch gaben sie in vielen Punkten den Forderungen Clemenceaus und Fochs nach. Mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 begann die verhängnisvolle Regelung der Besetzung. Die Interalliierte Rheinlandkommission hatte nach dem Rheinlandsabkommen das Recht, Verordnungen mit Gesetzeskraft, sogenannte Ordnungen, zu erlassen, durch die die Sicherheit und die Unterhaltsbedürfnisse der Besatzungstruppe gewährleistet werden sollten. Die freie Meinungsäußerung der deutschen Presse wurde verhindert, Filme und Bücher, ja sogar das Singen vaterländischer Lieder verboten, das Zeigen der deutschen Flagge unmöglich gemacht, das deutsche Beamtenum wurde schikaniert und die Grupppflicht der deutschen Beamten eingeführt. Im weiteren Verlauf dessen erfolgten die zahlreichen Sanktionen. Am 6. April 1920 wurde Frankfurt, Hanau, Darmstadt usw. besetzt. Weitere Sanktionsmaßnahmen erfolgten nach dem Londoner Diktat, worauf die Städte Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort der Besatzungszone einverleibt wurden. Im April 1921 wurde an der Ostseite des besetzten Gebietes eine neue Zollgrenze geschaffen, durch die der Wirtschaftskörper des Deutschen Reiches zerteilt wurde.

Der Höhepunkt wurde durch den Ruhrkampf eingeleitet. Französische Truppen besetzten das Ruhrgebiet, weil einige Tausend Telegraphenstangen und sonstige Lieferungen unterblieben waren. Im Ruhrkampf trat zum ersten Male auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung aktiv auf den Plan. Das gesamte deutsche Volk lehnte sich instinktiv gegen diese Sanktionspolitik einer fremden Militärmacht auf. Der Kampf an der Ruhr führte zur Beschlagnahme von Kohlen- und Koksverträgen, Roh- und

halbfertigen Erzeugnissen der Hüttenwerke, von Chemikalien in den Großwerken der Chemie, von Freiheitsstrafen von Arbeiterführern und Gewerkschaftsfunktionären, zu Plünderungen von Filialen der Reichsbank usw. Da die Eisenbahner sich weigerten unter diesen Bedingungen Dienst zu tun, wurde das gesamte deutsche Bahnnetz im besetzten Gebiet beschlagnahmt und einer französisch-belgischen Eisenbahnregie übertragen. Massenarrestierungen wurden verfügt und rückstandslos durchgeführt. Rund 150 000 Personen wurden aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. Es verdient anerkannt zu werden, daß die Engländer und Amerikaner diese Sanktionspolitik nicht nur nicht mitmachten, sondern entschieden ablehnten. Der Kölner Brückenkopf, wo die Engländer die Herrschaft ausübten, war in der Tat Jahre hindurch eine ruhige Insel im wilderworrnenen militäristischen Meer. Der Ruhrkampf hat der deutschen Volkswirtschaft einen unendlichen Schaden zugefügt. Einher mit ihm ging die Inflation. In diesen Schädigungen hat das deutsche Volk noch heute zu tragen. Es ist müßig, heute darüber zu streiten, ob der Ruhrkampf nicht vermieden oder abgekürzt werden konnte. Zweifellos sind auch von der deutschen Seite nicht geringe Fehler in diesem Völkerringen um Rhein und Ruhr gemacht worden.

Nachdem am 11. Mai 1924 bei den französischen Kammerwahlen die Politik Poincares eine schwere Niederlage erlitt und die englische Arbeiterpartei im Parlament gewaltigen Zuzug erhielt und auch in Deutschland vieles anders und ruhiger beurteilt wurde, konnte jene Periode der friedlichen Verständigung einleiten, die schließlich mit dem frühzeitigen Abzug der französischen Truppen ihre höchste Krönung erhielt. Die Verständigungsversuche zwischen Frankreich und Deutschland waren von Erfolg. Jahrelang hat der diplomatische Kampf, der letzten Endes gegen die rückschrittlichen Elemente diesseits und jenseits der Grenze geführt wurde, gedauert. Schließlich haben sich Briand und Stresemann erfolgreich durchzusetzen gemußt. Der Dawesplan und später der Youngplan haben der wirtschaftlichen Rege-

zureichenden Renovierungsarbeiten in Altbauwohnungen. Weiter möge die Stadtverwaltung bei der Landesregierung beantragen, daß diese ebenfalls Mittel zur Beschaffung von Arbeit zur Verfügung stellt.

Darauf referierte der Bezirksleiter Kollege Buch über die Frage der Arbeitszeit. Bereits im Jahre 1924 verjachten die Arbeitgeber am Orte, die neunstündige Arbeitszeit einzuführen. Dieses scheiterte an dem Widerstand der Kollegenschaft. Anstehend wird nun versucht, dieses Ziel auf Umwegen zu erreichen. Seit zwei Jahren wird Propaganda gemacht für den freien Sonnabendnachmittag, wobei auf jeden Fall die ausfallenden Stunden auf die übrigen Wochentage umgelegt werden sollen. Das Angebot von Gehilfen, den freien Sonnabendnachmittag einzuführen, ohne daß die achtfundstündige Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen überschritten wird, wurde von der Arbeitgeberseite abgelehnt. Die Meister glauben nun, auf dem beschriebenen Wege ihr Ziel zu erreichen, besonders da einige Kollegen mit dem Wunsch, die Arbeitszeit an einigen Tagen über acht Stunden hinaus zu verlängern, an ihre Arbeitgeber herangetreten waren. Der Referent weist daraufhin, wie das Eintreten für die Verkürzung der Arbeitszeit schon in der Vorkriegszeit große Opfer von der Kollegenschaft in einem Teile der Filialen erforderte. Die fortschreitende Rationalisierung und Technisierung der internationalen Wirtschaft erfordere gebieterisch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit. Dieses wird wohl nicht so vor sich gehen, daß plötzlich der Sieben-Stunden-Tag eingeführt wird, sondern das nächstliegende wird wohl eine Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend sein. Zur Erreichung dieses Zieles würde eine Verlängerung der Arbeitszeit an einigen Tagen über acht Stunden hinaus hindernd im Wege stehen. Die Abstimmung ergab dann, daß die große Mehrheit der Kollegen für die Beibehaltung des reinen Achtfundstündigtages waren. Eine weitere Eventualabstimmung ergab, daß ebenfalls die Mehrheit der Kollegen bereit war, in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit in eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 46 Stunden einzuwilligen.

Zum Schluß der Versammlung ersuchte der Vorsitzende, die nächste Stadtverordnetenversammlung zahlreich zu besuchen. Weiter erwähnte er, daß zur Ergänzung der gewerkschaftlichen Arbeit die Kollegen sich bei allen kommenden Wahlen für die den Gewerkschaften nahestehenden Kandidaten einsetzen.

Berufsunfälle

Leipzig (Osch). Am 16. Juli verunglückte unser Kollege Otto Förster durch Abwurf von der Leiter. Er erlitt einen Schädelbruch und innere Verletzungen.

Baugewerbliches

30 000 neue Wohnungen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der abgetretenen Reichsregierung sah unter anderem auch eine Ankerbelohnung des Baumararktes vor. Jetzt werden durch das Reichsarbeitsministerium die Grundsätze für die Durchführung des Wohnungsbauprogramms bekanntgegeben. Mit dieser Maßnahme der Regierung soll eine Förderung des Kleinwohnungsbaues erreicht werden. Das Wohnungsbauprogramm des Reiches soll ein zusätzliches sein und darf keineswegs dazu benutzt werden, an dem ordentlichen Bauprogramm Einsparungen zu machen. Das Reich stellt vorläufig 100 Millionen Mark zur Verfügung. Aus diesem Betrage werden Reichsdarlehen gegeben, die zunächst mit 1% verzinst sind. Diese Reichsdarlehen sollen hypothekarisch gesichert werden, ihnen kann eine erste Hypothek unter Umständen eine weitere vorgeben. Die Gesamtzinsbelastung muß so sein, daß angemessene, für die minderbemittelten Schichten tragbare Mieten gewährleistet werden. Die Verbilligung hofft man durch

lung der Reparationsfrage die Bahn gemiesen. Es steht dahin, ob die Abmachungen des Youngplans in alle Zukunft weiter bestehen sollen. Eine neue Generation von Männern, die den Intrigen der Vorkriegszeit und der unmittelbaren Auseinandersetzung nach dem Kriege kübler gegenübersteht, wird zweifellos neue Möglichkeiten der Verständigung suchen und finden. Je mehr Frankreich und Deutschland ihr gemeinsames Schicksal erkennen, je eher ist die Möglichkeit gegeben, auch die schweren Lasten der kommenden Zeit für Deutschland mildern zu helfen.

Die Feierlichkeiten, die bis zu dem Unglück in Koblenz begangen wurden, sollten deshalb im Geiste der Versöhnung erfolgen. Noch ist nicht aller Schutt von Völkerhaß und Kriegsgeschrei weggeräumt. Nicht geringe Kräfte sind am Werk, um die alte Zwietracht zwischen den Völkern lebendig zu erhalten. Wohl ist wirtschaftlich und politisch eine Annäherung erfolgt, wie sie vordem niemals zu verzeichnen war. Die Kartelle und Syndikate, Interessengemeinschaften und wirtschaftlichen Verbindungen reichen über die Landesgrenzen hinaus. Der Europaplan des französischen Außenministers stellt einen Versuch dar, das bereits Erreichte weit stärker zur Geltung zu bringen. Europa muß sich in irgendeiner Form zusammenschließen, wenn es den bedrohlichen Stürmen von außerhalb widerstehen soll. Die Arbeiterklasse unterstützt diese Versuche, weil sie weiß, daß sie damit ihren eigenen Interessen dient. Die Gewerkschaften sind heute schon in einzelnen Ländern, ein viel zu starker Faktor, als daß sie bei all diesen Versuchen übergangen werden können. Je stärker die Gewerkschaftsbewegung anwächst, desto besser ist es für das friedliche Zusammenwirken aller Völker. Deshalb begrüßt auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung den Tag, an dem das Rheinland endgültig von fremder Besatzung frei wurde! Vielleicht treffen sich die benachbarten Völker später einmal an diesem historischen Strom, um das Verständigungswerk zu vollenden, das unter so schwierigen Bedingungen in den letzten Jahren angebahnt wurde.

weitgehende Einschränkung der Grundflächen der Wohnungen, durch günstige Abschlüsse zur Beschaffung der Baustoffe und durch eine Zusammenfassung der Bauvorhaben zu erreichen. Dadurch sollen die Baukosten der Wohnungen ganz erheblich unter die bisher maßgebenden Sätze gesenkt werden. Die Mieten für Wohnungen von 32 bis 45 qm sollen nicht mehr als 20 bis 40 M., die bis 60 qm nicht mehr als 40 bis 50 M. monatlich betragen. Voraussetzung für die Reichsdarlehen ist ferner, daß durch die vom Reich begünstigten Bauvorhaben der Arbeitsmarkt erheblich entlastet wird. Die Firmen, die solche Aufträge erhalten, müssen sich verpflichten, ihre Arbeitskräfte von den Arbeitsämtern zu beziehen. Durch die Maßnahme des Reiches glaubt man zusätzlich rund 30 000 Wohnungen erstellen zu können. Im Interesse der Behebung der Wohnungsnot und der Milderung der Arbeitslosigkeit wäre es zu wünschen, daß die Maßnahmen der Reichsregierung zur Ankerbelohnung des Baumararktes Erfolg haben würden. Die Bedingungen für die Reichsaufträge lauten:

Verfassung.

Vom Volke aus, zum Volke hin,
ist der Verfassung tiefster Sinn.
Des Volkes Wille obenan,
der Volkesehnsucht freie Bahn,
der Volkeseffel läßt den Bruch,
nach langer Jahre Knechtschaftsdruck!

Noch glüht jedoch des Volkes Not,
gibt einem Brot, dem andern Schrot;
noch fehlt ihm friedlicher Genuß,
an allem, was es schaffen muß.
Solang' es diesen Preis entbehrt
ist all' sein Tun die Müß' nicht wert!

So laßt als Ziel denn vor uns seh'n:
Jedwedes Menschen Wohlergeh'n,
Jedwedes Mannes Arbeitspreis,
Jedwedes Weibes Sehnstuchtskreis!
Dann kreisen Wirken und Gewinn,
vom Volke aus, zum Volke hin!

August Steinbrügger.

1. Die Firmen müssen sich verpflichten, die fraglichen Aufträge ohne Ueberstunden auszuführen. Es soll Sorge dafür getragen werden, daß ausreichende Lieferungsfristen gestellt werden. 2. Die Firmen müssen sich ferner verpflichten, sich die Arbeitskräfte, die sie zur Erledigung der zusätzlichen Aufträge einstellen, von Arbeitsämtern nachweisen zu lassen. 3. Die Firmen müssen sich schließlich verpflichten, für die zusätzlichen Aufträge nur inländisches Material zu verwenden, falls dieser Verwendung nicht aus technischen Gründen oder aus Gründen der Preisgestaltung unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen. Die Reichsbahn, die Reichspost wollen ihren Lieferfirmen die gleichen Verpflichtungen auferlegen. Auch für das zusätzliche Wohnungsprogramm sind entsprechende Anordnungen an die Länderregierungen ergangen. Die aufgestellten Bedingungen für Reichsaufträge können durchwegs gutgeheißen werden.

Gewerkschaftliches

21 Millionen Arbeiter und Angestellte.

Durch die Berufszählung im Juni 1925 wurden in Deutschland hauptberuflich Erwerbstätige, die sich im Lohn- oder Anstellungsverhältnis befinden, 19 580 000 gezählt. Das Statistische Reichsamt hat nunmehr ermittelt, welche Zunahme der Erwerbstätigen in der Zwischenzeit eintrat. Mitte des Jahres 1930 wird die Zahl der hauptberuflichen Arbeitnehmer auf 21 104 000 geschätzt. Davon 14 540 000 Männer und 6 564 000 Frauen. Rechnet man die nebenberuflich Tätigen hinzu, so kommt man auf eine Gesamtzahl von 21 404 000. Das ist eine Zunahme in fünf Jahren von rund 1,5 Millionen. Diese Zunahme erklärt sich hauptsächlich aus dem Zuwachs an Personen des erwerbsfähigen Alters. In den letzten fünf Jahren sind die noch stark besetzten Geburtsjahrgänge der letzten Vorkriegsjahre in das erwerbsfähige Alter gerückt. Zur Zeit der Berufszählung im Jahre 1925 gab es nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Arbeitslosen. Heute sind rund drei Millionen Arbeitslose vorhanden. Wenn man den Zuwachs der Arbeiter in Berücksichtigung zieht, so muß man feststellen, daß die deutsche Wirtschaft zur Zeit etwa 1 1/4 Millionen Arbeiter und Angestellte weniger beschäftigt als vor fünf Jahren. Der Einkürpungsprozess der Wirtschaft ist daraus deutlich erkennbar. Seit Mitte des vorigen Jahres ist das Anwachsen der Erwerbstätigenzahl von der Bevölkerungseite her zum Stillstand gekommen; man kann also für die nächsten Jahre infolge der Gebursteinrückungen im Kriege mit einer annähernd gleichbleibenden Zahl von rund 21 Millionen Arbeitern und Angestellten in Deutschland rechnen. Diese 21 Millionen hauptberuflich Erwerbstätigen sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Wenn diese sich einmal der Kraft ihrer gesellschaftlichen Stellung bewußt werden und in einheitlicher Front marschieren, dann würde es in Deutschland keine Regierungskrisen mehr geben, dann wäre nämlich alles diktiert vom Standpunkt der wertschaffenden Arbeit.

Länder ohne Arbeitslosigkeit.

Daß die Weltwirtschaft kein einheitlicher Begriff ist, ersieht man aus der Verschiedenartigkeit der Wirtschaftslage der einzelnen Länder. Die meisten Industriestaaten, vor allem Deutschland, England und die Vereinigten Staaten, leben zur Zeit in einer Wirtschaftskrise und haben mit einer großen Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Auf der andern Seite gibt es Länder, die sich trotzdem in einer günstigen Position befinden. Zu diesen zählen vor allem folgende: Frankreich, Schweden, Norwegen, Dänemark,

Irland, Neuseeland und Chile. In diesen Ländern ist die Arbeitslosigkeit ganz gering oder unbekannt. Dies hat verschiedene Ursachen und ist nicht bei jedem Land gleich. Dessen ungeachtet kann daraus ersehen werden, daß der allgemeine Rückgang der Weltkonjunktur nicht alle Staaten gleichmäßig erfaßt.

Schwerbeschädigte in den Arbeitsämtern.

Wie der Pressedienst des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten mitteilt, hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers angeordnet, daß in sämtlichen Dienststellen der Reichsanstalt ohne Rücksicht auf die Zahl der beschäftigten Personen Schwerbeschädigte, soweit sie für den zu besetzenden Arbeitsposten geeignet sind, bei der Einstellung andern Bewerbern vorzuziehen sind. Schwerbeschädigte werden, sofern sie nicht für eine vorübergehende Dienstleistung angenommen sind, nach Maßgabe des § 7 des Tarifvertrages eingestellt. Nach Möglichkeit sollen vorübergehend und aushilfsweise beschäftigte Schwerbeschädigte in das Stammpersonal eingereiht werden. Wo mehr als fünf schwerbeschädigte Arbeitnehmer nicht nur vorübergehend beschäftigt sind, haben sie für die Dauer eines Jahres einen Vertrauensmann zu bestellen. Ueber die Aufgaben des Vertrauensmannes enthält die Anordnung des Präsidenten der Reichsanstalt nähere Einzelheiten.

Sozialpolitisches

Die Kartellierung belastet den Arbeitsmarkt.

Das Landesarbeitsamt Westfalen stellte Betrachtungen über die Auswirkung der Wirtschaftskrisen 1926 und 1930 an. Es wird darauf hingewiesen, daß 1926 sämtliche öffentlichen Körperschaften auf Grund ihrer wenig belasteten Finanzlage mit ihrem Kredit auf dem in- und ausländischen Kapitalmarkt ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufstellen konnten. Auch die Industrie war im Begriffe ein umfassendes Rationalisierungsprogramm durchzuführen, wodurch namentlich die Baukonjunktur eine Belebung erhielt. Dann heißt es: „In diesem Jahr fehlt uns nicht nur die Aussicht auf ein durchgreifendes Umstellungsprogramm der Industrie, da die technische Rationalisierung im wesentlichen abgeschlossen ist, vielmehr belastet die im schnellen Tempo fortschreitende Kartellierung der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, die mit einer starken organisierten Rationalisierung und Standortverchiebung verbunden ist, den Arbeitsmarkt ganz außerordentlich...“ Dieses Urteil einer halbamtlichen Stelle über die Zusammenhänge der Kartellierung und den Arbeitsmarkt ist bemerkenswert. Die Kartellierung verteuert nicht nur die Preise, sondern belastet auch noch die Allgemeinheit mit den Kosten für die Unterhaltung der Arbeitslosen.

Eine grandiose Sinnlosigkeit.

In der Handelszeitung des „B.Z.“ unterjucht der bekannte Wirtschaftspolitiker Dr. Fehr Pinner das Problem der sinkenden Preise. Er kommt in diesem Artikel zu bemerkenswerten Feststellungen. Unter anderem zu der, daß der jährlich eintretenden Steigerung der Weltproduktion um etwa 3% kein entsprechender Wachstum der Goldvorräte gegenübergestellt werden kann. Infolgedessen muß das Geld teurer und die Waren billiger werden. Der genannte Verfasser tritt der Anschauung gegenüber, als ob das Mißverhältnis zwischen Goldproduktion und Warenherstellung durch eine zeitweilige Kreditausweitung überbrückt werden kann. Bezüglich der Auswirkung der Rationalisierung macht Pinner die folgenden durchaus zutreffenden Ausführungen:

„Eine Rationalisierung so großen Stils, mit so gewaltigem Kapitalaufwand erkaufte wie diejenige des letzten Jahrzehnts, kann ihren Sinn nicht darin finden, ihre Kraft nicht darin erschöpfen, durch Kostenaufblähung kompensiert und wirkungslos gemacht zu werden. Ein Prozess der Technisierung, der nicht zu einer Senkung der Erzeugungskosten und Preise führt, der nicht auf diesem Wege die Grundlagen für eine gewaltige und fortschreitende Ausweitung des Verbrauches schafft, ist nichts weiter als eine grandiose Sinnlosigkeit. Der großartigste technische Fortschritt wird zum leeren Spiel, wenn er zu nichts weiter als zu einem Sich-Ausleben der Technik und zur Erfüllung ihrer technischen Wunschträume führt, wenn er keinen andern Erfolg hat, als Menschen durch Maschinen zu ersetzen, wenn er nicht die Möglichkeit schafft, durch Senkung des Preisniveaus und Steigerung des Absatzspielraums die durch die Maschinen arbeitslos gewordenen Bevölkerungskreise wieder in die Produktion und in den produktiven Verbrauch einzuschalten. Gerade wenn die große Perspektive dahin geht, daß monetäre Bedingungen die Weltwirtschaft unter das Befehl sinkender Preise zwingen, erscheint es für die Menschheit logisch und notwendig, diesen Zwang nicht in jahrzehntelanger Depressionsdramatik mit allen ihren lähmenden Einwirkungen auf die geschäftliche Unternehmungslust über sich ergehen zu lassen, und sich auf nutzlose Versuche zu beschränken, seine Wirkungen durch kleine Palliativmittel hier und da zu hemmen. Die richtige Politik kann vielmehr nur darin bestehen, diesem Zwang zuvorzukommen, ihm vorauszuweichen und dadurch eine Krisenbewegung, die durch ihren schleichenden Charakter und ihre Unabsehbarkeit das Weltgeschäft chronisch erodieren (schwächen) muß, so rasch wie möglich zum Ende zu bringen.“

Dieser Meinung des bürgerlichen Wirtschaftspolitikers kann man vollinhaltlich zustimmen. Es ist in der Tat eine große Sinnlosigkeit, auf der einen Seite große technische Fortschritte zu feiern, die lediglich den Zweck haben sollen, Menschen in der Produktion überflüssig zu machen, anstatt der Menschheit zu dienen und ihr Gesamtwohl zu fördern.

Die Arbeitslosigkeit steigt wieder.

In der ersten Julihälfte ist die Zahl der Arbeitslosen wieder größer geworden. Die sommerliche Entlastung des Arbeitsmarktes hat somit bereits zu Beginn des Sommers ihr Ende erreicht. Am 15. Juli wurden 1 470 000

Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und 381 000 in der Krisenunterstützung gezählt. Beide Unterstützungseinrichtungen zusammen sind doppelt so stark belastet wie zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden belief sich am 15. Juli auf rund 2 770 000. Werden die Notstandsarbeiter und die noch in Stellung befindlichen hiervon abgezogen, so verbleiben rund 2 715 000 Arbeitslose. Von dieser Gesamtzahl der Arbeitslosen bekommen 664 000 weder Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung noch aus der Krisenfürsorge. Selbst wenn man diejenigen berücksichtigt, die von der Wohlfahrtspflege der Städte und Gemeinden erfasst werden, so verbleibt noch ein großer Teil derjenigen, die keinerlei Unterstützung beziehen. Nimmt man das Gesamtproblem der Arbeitslosigkeit, so ist die Not innerhalb der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands zur Zeit ungeheuer und doch besteht die Befürchtung, daß wir erst am Anfang einer starken Verschlechterung des Arbeitsmarktes stehen. Wie werden sich erst die Verhältnisse im Herbst oder im Winter gestalten? Es muß alles mobil gemacht werden, um die Opfer der Wirtschaftskrise nicht im Elend versinken zu lassen. Für die Folgen können die zur Verzweiflung getriebenen Arbeiter nicht verantwortlich gemacht werden.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Proletarische Gesundheitspolitik.

Der Verband Volksgeundheit, die große gesundheitspolitische Organisation, die wachstumsgemäß der sozialistischen Arbeiterbewegung nahesteht, veranstaltete in Dresden einen Gesundheitspolitischen Kongress, der durch die Teilnahme einer Anzahl sozialistischer Sozialpolitiker eine besonders wertvolle Note erhielt. Den Auftakt des Kongresses bildet ein Lichtbildervortrag von Dr. Wolf, Stuttgart, der sich mit allen aktuellen gesundheitspolitischen Fragen befahte. Er legte die sozialistischen Forderungen zur Gesundheitspolitik in Reich, Staat und Kommune dar, wobei er besonders betonte, daß an die Stelle der veralteten Schulmedizin die neuzeitlichen Heilmethoden (Licht, Luft, Sonne) zu treten hätten. Der Redner stellte fest: wir haben bei uns immer noch neun Zehntel Krankenfürsorge und nur ein Zehntel Gesundheitsfürsorge. Vorbeugen ist besser als Heilen! Daher sei die wichtigste Forderung: Wohnungs- und Körperpflege, Kinderpflege.

Die beiden wichtigsten Vorträge waren unzweifelhaft das Referat des Prof. Dr. Großhahn über „Sozialismus und Geburtenproblem“ und das Referat von Dr. J. Marcuse über „Die Regelung der Nachkommenschaft als soziales und eugenisches Problem“. Während Großhahn die These vertrat, daß der Geburtenrückgang zur Folge haben müsse, daß es in den für die Durchführung des Sozialismus wichtigen Ländern zu einem Schwund der Arbeiterchaft führen müsse, auf deren Zukunft aber der Sozialismus beruhe, war sein Korreferent der Meinung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die verantwortungsbewußte Arbeiterchaft die Kinderzahl absichtlich niedrig halten müsse. Großhahn wies einen Weg, der auch der Arbeiterchaft ermöglichte, unter den gegenwärtigen Verhältnissen ihre Nachkommenschaft zu ernähren: die obligatorische Kinderrentenversicherung, durch die jede Mutterchaft wirtschaftlich begünstigt werden. Dabei müßten natürlich die geistig und körperlich Minderwertigen von der Fortpflanzung ferngehalten werden. Marcuse hingegen betonte, daß die soziale Lage der bestimmende Faktor für die Frage der Geburtenregelung sei. Solange die Existenzmöglichkeit der Nachkommenschaft nicht gesichert sei, empfiehlt er Zurückhaltung. Aus der Diskussion ergab sich, daß die Mehrheit der Versammlungsteilnehmer hinter Marcuse stand.

Interessant war ein Vortrag des Zwischauer Medizinalrates Dr. Beeters über den von ihm vertretenden Gehörverlust betreffend die tunlichste Verhütung unrentierlicher und unglücklichen Lebens durch operativen Eingriff. Ueber die augenblicklich besonders aktuelle Impfstage berichtete Frau Dr. Stegmann. Sie wandte sich gegen den Impfwang und begrüßte die Verordnung der Verordnungs, der seinerzeit als Minister eine kleine Auflockerung des Impfwanges herbeigeführt habe. Die Rednerin schloß sich für Beibehaltung der Kurierfreiheit in Deutschland ein, betonte jedoch, daß gegen wirkliche Kurpfuscherei nicht scharf genug vorgegangen werden könne.

Wertvolle Vorschläge hinsichtlich der Reform der Krankenversicherung machte Dr. Hans Graaz, Berlin. Danach zerfallen die Versicherungen in Normalgesunde und gesundheitlich Anbrüchige. Verhältniszahl zueinander ungefähr 80:20. Der vom Normalgesunden im Laufe eines Jahres nicht in Anspruch genommene Teil seines Anteils wird ihm nach Abzug der Verwaltungskosten gutgeschrieben zu seiner Verfügung als Ferienbeitrag. Mäßige, Zinsgarantie für Siedlungsdarlehen oder zu ähnlich hygienisch wertvollen Verwendungen. Verlangt sein Gesundheitszustand höhere Aufwendungen, so tritt er in die Kategorie der jugendhaften Anbrüchigen ein. Es steht nun der Vertrauensersatz ein, aber nicht nur zum Zwecke der Kontrolle der Kassenmittel, sondern auch als heilende Hilfe.

Es sprachen außerdem noch Dr. Hindede, Kopenhagen, über „Volksernährung und Volkswirtschaft“, Oberbürgermeister Klumpel, Freital, über „Volksgeundheit und Kommunalpolitik“, Dr. med. Steinfel, Berlin, über „Zwangsimpfung oder Gewissensklauel“.

Die Arbeit, die auf dem Kongress geleistet wurde, war gewiß anerkanntenswert. Schade nur, daß die Zuhörerschaft nur gering.

Berichtenswertes

Deutschlands Buchproduktion.

Deutschland rangiert mit seiner Buchproduktion trotz Krieg und trotz wirtschaftlichen Niederganges immer noch an der Spitze aller Länder der Welt. In welchem gleichem Verhältnis in Deutschland mehr Bücher gedruckt und gelesen werden, erzählt daraus, daß in den Jahren 1913 bis 1923 in Deutschland allein über 100 000 Bücher und Zeitschriften



Schutz vor Wetter und Verfall: Lack und Farbe überall

Schafft Arbeit für das Malergewerbe!

Meldet anstrichsbedürftige Objekte an den Reichsausschuß für Sachwerterhaltung in Berlin!

Meldekarten sind beim Filialvorstand zu haben.

mehr erschienen sind, als in der gleichen Zeit in England, Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten zusammen. Nachstehende Ziffern ergeben einen Überblick über die Produktion in den letzten Jahren:

	1929	1928	1925	1913
Keine Buchproduktion	27 002	27 494	31 595	35 078
Zeitschriften	7307	7116	6127	?
Prozentanteil der Zeitschriften an der Gesamtproduktion	21,3 %	20,4 %	19,4 %	?
Durchschnittspreis für ein Buch	6,19 M	5,62 M	4,78 M	4,07 M
Zahl der Verlage	3486	3481		
Gesamtzahl buchhändlerische Betriebe	11 763	11 762		

Den Höhepunkt der reinen Buchherzeugung brachte das Jahr 1925. Seither ist ein ständiger Rückgang zu verzeichnen, der im Jahre 1928 besonders katastrophale Formen annahm. Die Zahl der in Deutschland erscheinenden Zeitschriften ist dagegen noch immer im Steigen begriffen.

Als Beitrag zur Diskussion über die teuren Bücher sind in vorstehender Tabelle auch die Durchschnittsladepreise für das einzelne Buch mit angegeben. Die Ziffern weisen nach, daß der Buchpreis des Jahres 1929 um 52 % über dem des Jahres 1913 liegt. Diese Preissteigerung entspricht im Verhältnis etwa der Verteuerung der gesamten Lebenshaltung in Deutschland.

In nachstehender Tabelle sei noch der prozentuale Anteil einiger wichtiger Literaturgebiete an der Gesamtproduktion angegeben.

	Gesamtproduktion	Schöne Literatur	Wissenschaft u. Soz. Wissensch. Politik	Religionswissenschaft
1929	27 002	4172	2106	2078
		15,45 %	7,8 %	7,7 %
1928	27 494	4494	2026	2088
		16,17 %	7,3 %	7,51 %

Ein neues Groß-Ferien- und Wanderheim der „Naturfreunde“.

Am herrlichen Ufersee in der nördlichen Mark Brandenburg, nächst der Stadt Eberswalde, hat die Ortsgruppe Berlin des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ vor kurzem ein großes Ferien- und Wanderheim eröffnet. Zur Hausweih waren aus nah und fern die Wanderfreunde erschienen. Reichstagspräsident Paul Lohse hielt die begeistert ausgenommene Weihrede, worin er die hohe Bedeutung von Wandern und Reisen für die gesamte werktätigen nachdrücklich hervorhob und unter lebhaftester Zustimmung darauf hinwies, daß die Zeiten endgültig vorbei sein müssen, in denen die Arbeitenden keine Ferien erleben durften. Mit dankbaren Worten feierte er die Tätigkeit der Naturfreunde in der Erbauung von Ferienheimen.

Zahlreiche Vertreter von Behörden und Organisationen hielten Ansprachen, worin das neue Heim allgemein als eines der schönsten und am zweckmäßigsten eingerichteten Ferienheime bezeichnet wurde.

27 Einzelzimmer mit über 60 Betten ohne die Räume der miteingebauten Jugendherberge und der Massenschlafräume mit weiteren 200 Logern in eisernen Bettstellen stehen zur Verfügung. Die sanitären Einrichtungen, wie Waschräume, Baderäume, Kalt- und Warmwasserduschen sind als musterhaft zu bezeichnen und überaus zweckmäßig angeordnet. Zwei große Aufenthaltsräume, von Berliner Künstlern mit sinnigen Wandmalereien ausgestattet, geben dem neuen Heim auch in seinem Innern eine feine künstlerische Note. Das Heim steht auf eigenem 18 Morgen großen Wald- und Wiesengelände an den Ufern des Udersee in einer echt märkischen Landschaft voll von intimen Reizen und gibt Gelegenheit zu sportlicher Betätigung aller Art, besonders aber zum Schwimmen, Rudern und Wandern.

So ist das neue Heim am Udersee wohl angetan, dem Freizeitgedanken und den Wochenendwünschen der Werktätigen neuen Inhalt zu geben.

Eine besondere Steigerung der Feststimmung brachte der Besuch des Flugzeuges „Sturmvogel“ vom Flugverband der Werktätigen, das während der Eröffnungsfeierlichkeiten, begeistert begrüßt, um das neue Heim seine Kreise zog.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwillig.

Erteilte Patente.

- Al. 74c. 504 061. Verfahren zum Auffuchen von Farbentönen an farbigen Malvorlagen. Edouard Marcel Sandoz, Paris.
- Al. 75c. 504 062. Firma Johann Hermann Hofmann, Selb (Bayern). Sprühapparat für Malerarbeiten mit Tropfenfänger.
- Al. 22h. 504 018. Grundiermittel. Louis Blumer, Chemische Fabrik, Zwickau (Sachsen).
- Al. 75c. 504 336. Verfahren zum Anstrichen von Ueberzügen aus Nitrozelluloselacken. Wolff & Co., Walzrode, und Dr. Hans Schulz, Bomlitz.

Al. 75c. 504 060. Verfahren und Vorrichtung, ortsfeste oder schwer bewegliche Gegenstände mit einem Ueberzug zu versehen. Walter Baur, Köln-Braunsfeld, Voigtelstraße 26.

Al. 75c. 504 425. Verfahren und Vorrichtung zum Mischen von Farben untereinander und mit Bindemittel. Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Berlin NW, Friedrich-Karl-Ufer 2-4.

Angemeldete Patente.

Al. 75b. G. 76 485. Verfahren zur Herstellung einer harten Ueberzugsschicht auf Holz oder ähnlichen Stoffen. Johann Axel Gustafsson, Norrtälje, Schweden.

Al. 75c. L. 77 083. Preßluftsprühapparat. Leipziger Tranchierwerk AG., Leipzig W 31, Karl-Heine-Straße 35. Gebrauchsmuster.

Al. 75c. 1 129 332. Vorrichtung zur Prüfung der Wirkung von Farbmustern. Gustav Ruth AG, Wandsebek.

Al. 75c. 1 129 842. Lack- und Farbleb. Fritz Bredel, Simmern, Hunsrück.

Al. 34f. 1 129 343. Rahmen, insbesondere Bilderrahmen. Gubener Leisten- und Rahmenfabrik, vorm. Konrad Aders G. m. b. H., Guben (Niederlausitz).

Literarisches

Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. 1. Lieferung. A-B. Herausgegeben von Professor Dr. Ludwig G. G. in Gemeinschaft mit Joh. Sassenbach, Albert Thomas, H. Erkelenz, Adam Siegerwald und Edwin Webb, London. Verlag: Welt und Wirtschaft, Verlagsanstaltengesellschaft, Berlin SW 48. Nach gründlicher, sorgfältiger Vorarbeit ist jenen der erste Band eines Lexikons des Gewerkschaftswesens erschienen, der sicherlich bei allen Freunden der gewerkschaftlichen Literatur gute Aufnahme finden wird. Das großzügig angelegte Werk behandelt unter besonderer Berücksichtigung der deutschsprachigen Länder die Geschichte, Soziologie und Praxis des internationalen Gewerkschaftswesens, die organisatorischen und theoretischen Probleme der Gewerkschaftsbewegung und die sachlichen Beziehungen der Gewerkschaften zu allen wichtigen Fragen der Wirtschaft und Politik. So können wir die Artikel, wie Arbeitswissenschaft, Allgemeine Deutscher Arbeiterverein, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Arbeiterkämpfe, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsrecht usw. als Musterbeispiele anführen in bezug auf Klarheit, Sachlichkeit und Prägnanz. Bekannt Mitarbeiter aus der Gewerkschaftsbewegung und verdienstvolle Sozialpolitiker bürgen für die Durchführbarkeit dieses großen Wertes, dessen Ausfassung wir allen, die es erwidlichen können, bestens empfehlen. Das Handwörterbuch wird in etwa vier bis fünf Lieferungen zum Preise von je 2,50 M. bei Subskription 18 M. erscheinen. In Anbetracht der Bedeutung des Wertes hat die Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Fintelstraße 6 a, den Generalvertrieb an die freigeberisch-organisierten Arbeiter übernommen. Weitere Auskünfte werden von dort gern erteilt.

Vom 28. Juli bis 3. August ist die 31. Beitragswoche. Vom 4. August bis 10. August ist die 32. Beitragswoche.

Bereinstell

Bekanntmachung.

Am 1. Oktober dieses Jahres beginnt der neue Fernunterrichtslehrgang 1930/31 der „Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung, Berlin“. Der Fernunterricht erstreckt sich auf Volkswirtschaftslehre und Staatsbürgerkunde. In beiden Fächern kommt es in erster Linie darauf an, die Teilnehmer mit den wissenschaftlichen Arbeits- und Denkmethoden bekanntzumachen. Voraussetzung hierfür ist eine gewisse Stoffkenntnis der Teilnehmer sowie eine Uebersicht über die bedeutendsten Quellen und Nachschlagewerke.

Der Kursus dauert vom 1. Oktober 1930 bis 30. September 1931. Anmeldungen zum Fernunterricht sind an den Verbandsvorstand (Hamburg 36, Alsterterrasse 10) bis spätestens 1. September einzusenden. Der Anmeldung ist handschriftlich auszufertigt ein ausführlicher Lebenslauf beizulegen, in dem der Bildungsgang und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung darzulegen sind. Außerdem sind mit anzugeben: Alter, Wohnort, Beruf und Verbandsbeitritt. Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Chemnitz. Im zweiten Quartal sind nachstehende Kollegen verstorben: Der Invalide, unser langjähriges Mitglied Hermann Reinhard; Johannes Findeisen in der Zahlstelle Frankenberg und Rudolf Schubert in der Zahlstelle Aue, Erzgebirge.

Frankfurt a. Main. (Zahlstelle Steinbach i. Ts.) Am 9. Juli starb unser Kollege Valentin Bösz im Alter von 33 Jahren.

Halberstadt. Am 14. Juli starb plötzlich unser langjähriges Mitglied Hermann Krosch im Alter von 50 Jahren. Er gehörte 28 Jahre dem Verbands an.

Kiel. Am 11. Juli starb unser Kollege Heinrich Vogt im Alter von 54 Jahren an Magenkrebs und Bauchfellentzündung.

Mainz. Am 8. Juli starb unser treuer Kollege Joachim Eckert infolge eines Schlaganfalles.

Stuttgart. Am 30. Juni starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege Ferdinand August Müller.

Ehre ihrem Andenken!

MEISTERPRÜFUNG

Gründliche Vorbereitung durch Fernunterricht. Ausbildung z. Geschäftsführ. Erfolg garant. Fr. Wenzel, Naunhof-Leipzig